

Deutschland.

Berlin, 7. April. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreis-Gerichts-Sekretär und Sportel-Rezeptor Brüggemann zu Kirchhain bei seiner Vernehmung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der Regierung- und Schulrat Ranke in Liegnitz ist in gleicher Eigenschaft an die königl. Regierung in Breslau versetzt worden. — Der Lehrer Kähre in Kempen ist als ordentlicher Lehrer am katholischen Schullehrer-Seminar daselbst angestellt worden.

Berlin, 7. April. [Ihre Majestät die Königin] bestätigte gestern mit Sr. Majestät dem Könige die Erweiterung des Parkes Babelsberg und empfing heute den Besuch Sr. Hoheit des Herzogs zu Sachsen-Meiningen.

[Se. Königl. Hoheit der Kronprinz] wohnte am Sonntag Vormittag in der Garnison-Kirche der Einsegnung der Kadetten bei, nahm hierauf militärische Meldungen entgegen und empfing um 12 Uhr eine Deputation aus Ostpreußen. Um 5 Uhr dinierte Se. Königliche Hoheit bei dem Prinzen Friedrich Carl königliche Hoheit, erschien darauf im königl. Schauspielhaus und begab höchstlich um 8 Uhr zu Ihrer Majestät der Königin.

Ihre Königl. Hoheit die Kronprinzessin empfing um halb 5 Uhr den englischen Botschafter Lord Augustus Postus.

Am gestrigen Tage fuhr Se. Königliche Hoheit der Kronprinz um 10 Uhr nach Potsdam und kehrte mit dem 2 Uhr-Zuge von dort zurück. (St. Anz.)

○ Berlin, 7. April. [Die nordschleswigsche Frage. — Die Regierung in Schleswig-Holstein. — Der Bundesrath. — Die Spielbanken. — Stiftung. — Notstandsdarlehen.] Die Reise des dänischen Kriegsministers nach Paris hat nur Privatangelegenheiten zum Zweck, was wir um deswillen ausdrücklich bemerken, weil voraussichtlich allerlei alarmirende Combinationen an die Reise geknüpft werden dürfen; ja, wir hören sogar, daß die dänische Regierung dies hier selbst in vertraulicher Weise mitgetheilt hat. — Was übrigens die Verhandlungen mit Dänemark betrifft, so will ein Wiener Correspondent der „D. A. Z.“ wissen, daß preußische Cabinet habe in Kopenhagen angefragt, und zwar in einem etwas schärfen Tone, ob es wahr sei, daß Dänemark eine Einmischung Österreichs in die Verhandlungen über Nordschleswig angerufen habe. In Kopenhagen sei dies verneint worden, woraus zu schließen sei, daß Österreich die gewünschte Einmischung abgelehnt habe. Diese ganze Erzählung ist erdichtet. — Heute hat eine Berathung des Staatsministeriums stattgefunden, wahrscheinlich zur Beschlussnahme über die definitive Verwaltungorganisation in Schleswig-Holstein und Hannover. Es handelt sich in Schleswig-Holstein noch um Einlegung einer Regierung in Schleswig, in Bezug auf Hannover aber ist zu entscheiden, ob die Landdroste beibehalten oder durch Verwaltungsbehörden nach Analogie der preußischen Regierungen ersetzt werden sollen. Auch der Bundesrath hat gestern eine Sitzung gehalten und zwar eine siebenstündige, in welcher der Entwurf der Gewerbeordnung zu Ende berathen worden ist; heute findet noch eine Sitzung statt, dann vertagt sich der Bundesrath bis über das Fest, um in der nächsten Woche wieder zusammenzutreten. — Aus dem Kreise Wetzlar, bekanntlich einer Enclave des alten Herzogthums Nassau, ist wiederholt der Wunsch an die Regierung gelangt, daß die Verwaltung dieses Kreises, welche bisher dem Regierungsbezirk Coblenz zugehörte, jetzt mit dem Regierungsbezirk Wiesbaden verbunden werden möge. In Folge davon ist die Staatsregierung jetzt mit der Erwägung dieser Angelegenheit beschäftigt und schwelen die Verhandlungen darüber. — Über die Verhandlungen mit den Spielbanken sind noch keine authentischen Nachrichten eingegangen; wir können daher bis jetzt weder bestätigen noch bestreiten, was die Telegraphen darüber melden. Nur so viel scheint sicher, daß der hohe Ton, welchen diese Gesellschaften noch vor Kurzem angeschlagen, nur dazu dienen sollte, der öffentlichen Meinung und der Regierung zu imponiren, und nun diese Absicht verfehlt ist, suchen dieselben zu retten, was sie können und von der Willigkeit der Regierung den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. — In dem Jahre 1848 hat bekanntlich die Königin Elisabeth bei Veranlassung ihrer silbernen Hochzeit eine Stiftung zur Unterstützung hilfsbedürftiger und würdiger Jubelpaare gegründet. Jetzt ist hier ein Comite zusammengetreten, um zum Besten dieser Stiftung eine Ausstellung von Gegenständen zu veranstalten, welche mit der Geschichte der Entwicklung Brandenburg's, Preußens und seiner Herrscherfamilie in Verbindung stehen und fordert in einer Bekanntmachung zu freundlicher unfrankirter Einsendung von Handschriften, Gemälden und allen solchen Gegenständen an den Kastellans des Schlosses Monbijou hier selbst, wo die Ausstellung stattfinden soll, auf. — Nach einer vom Finanzminister getroffenen Verfestigung in Betreff der Notstandsdarlehen in Ostpreußen ist in denjenigen Fällen, in welchen ein Darlehen gegen Hypothek gewährt werden soll, die letztere in soweit als genügende Sicherheit anzusehen, als sie innerhalb des 30fachen bei der Grundsteuer-Veranlagung ermittelten Reinertages der Eigentümern des Pfandobjektes steht. — Enthält jedoch das letztere weniger als 25 Morgen, so ist bei der Abmessung der Beleihungsgrenze dem 30fachen Reinertage der Eigentümern der 20fache Betrag des bei der Gebäudesteuer-Veranlagung ermittelten Nutzungswertes der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude hinzuzurechnen. Die Auszahlung von Darlehen, welche kleineren ländlichen Grundbesitzern gegen Verpfändung ihrer Grundstücke gegeben werden, kann auch schon vor erfolgter Eintragung stattfinden, wenn eine genügende Bescheinigung der erfolgten Anmeldung seitens des betreffenden Hypothekengerichts beigebracht wird.

[Zum Präsidenten des Zollparlaments] ist nach vertraulichen Besprechungen der Fractionen Dr. Simson allerdings in Aussicht genommen worden, doch haben die verschiedenen Parteien für notwendig es angesehen, sich vorläufig noch zu nichts zu verpflichten. Sie wollen mit den süddeutschen Abgeordneten vereinigt die Frage, wer in das Präsidium zu wählen sei, als res integra zur Discussion gestellt wissen und auf die Entscheidung der Süddeutschen das diesen zufolgende Gewicht legen. An Simson's Bereitwilligkeit, das Präsidium des Zollparlaments zu übernehmen, zweifeln seien nähern Freunde nicht; sie sind bemüht gewesen, ihn hierzu zu bestimmen, schon weil sie nicht leicht eine Persönlichkeit auffinden läßt, welche so sehr wie der Präsident des Frankfurter Parlaments geeignet wäre, den Voritz in einer Versammlung zu führen, welche seit Decennien zum ersten Male wieder ganz Deutschland vertritt. Die Wahlen der Vicepräsidenten bleiben vollends offene Frage. Es wird für parlamentarisch schicklich und notwendig angesehen, daß ein Süddeutscher in das Präsidium eintritt.

[Zur Tabaksteuer.] Die soeben erschienene erste Nummer der Levinstein'schen „Tabakzeitung“ bringt folgendes Schreiben der Minister der Finanzen und des Handels an das Comite der Tabakinteressenten:

Berlin, den 25. März 1868. Auf die an den mitunterzeichneten Finanzminister gerichtete Eingabe vom 13. d. M. wird Euer Wohlgeboren ertheilt, daß wir dem Herrn Kanzer des norddeutschen Bundes Vorlässe zu einer umfassenden Revision des Zolltarifs und in engster Verbindung hiermit gleichzeitig auch Vorlässe wegen Ausführung der im Zollvertrage vom 8. Juli v. J. enthaltenen, die Einführung einer gemeinschaftlichen Besteuerung des Tabaks im Zollverein betreffenden Stipulation unterbreitet haben; nachdem sämtlichen und namentlich auch den letzteren Vorlässen die eingebendsten Erörterungen vorausgegangen sind, steht es unter diesen Umständen für uns an Veranlassung, mit den Interessen der Tabak-Industrie in abgesonderte Berathung zu treten, zumal in denen auch die Interessen aller übrigen bei jenen Vorlässen beteiligten Industrie- und Handelszweige zu hören sein würden, so werden dieselben, wenn und insoweit demnächst dem Zollparlamente Vorlässe zugeben möchten, im Laufe der Berathung genügende Gelegenheit haben, ihre Interessen darzulegen. Der Finanzminister v. Heydt. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. — An die Tabakfabrikanten Herren G. Schöppenberg und Theilnehmer, Wohlgeboren hier."

[Verfügung.] Das königl. Kammergericht hat unterm 1. d. dem Rechtsanwalt Meyer schriftlich mitgetheilt, daß in Folge seiner Beschwerde an den Herrn Minister-Präsidenten über Verweigerung der Erlaubnis zur Uebernahme der Funktionen als Stadtverordneter der Justizminister die Ertheilung der Erlaubnis verfügt habe.

[Marine.] Nach den beim Ober-Commando der Marine eingegangenen Nachrichten sind, wie bereits gemeldet, S. M. Panzerfregatte „Friedrich Carl“ am 6. und S. M. Schiffe „Hertha“ und „Medusa“ am 7. d. M. von Plymouth nach Kiel in See gegangen.

Königsberg i. Pr., 4. April. [Der Typhusepidemie] in Ostpreußen sind bereits 14 Aerzte erlegen.

Danzig, 6. April. [Abweisung.] Die Stadt hat, wie die „D. A.“ meldet, ihren gegen den Fiscus angestrengten Proceß wegen Wiedererstattung der seit 1850 von der Stadt gezahlten Gehälter für die im Nachtwachtdienst angestellten Personen (über 200,000 Thlr.) in letzter Instanz verloren. In den ersten beiden Instanzen war der Proceß zu Gunsten der Stadt entschieden worden, ebenso ist die Stadt Breslau mit derselben Forderung in letzter Instanz durchgedrungen. Die Gründe der gegen den Anspruch der Stadt ausgesunkenen Entscheidung sind noch unbekannt.

Magdeburg, 7. April. [Dividende.] Der Ausschuß der Actionäre der Magdeburg-Leipziger Eisenbahngesellschaft hat in seiner heutigen Sitzung die vom Directorium vorgeschlagene Dividende von 18 Thaler pro Aktie genehmigt.

Leipzig, 6. April. [Zur Untersuchung gegen Trabert.] Auf Requisition der preußischen Behörden wurden vorgestern (Sonnabend) die Herren Professor Wuttke und Buchhändler Rosberg von dem bisherigen Bezirksgericht in der Untersuchungssache gegen Plaut, Trabert und Andere als Zeugen vernommen. Da unsere Straf-Prozeßordnung sowie das sächsische Staatsabkommen mit der preußischen Regierung den preußischen Richtern die Macht einräumt, die Stellung sächsischer Zeugen zu erzwingen, erklärte Prof. Wuttke sich im Allgemeinen zu eidlicher Aussage bereit; da er jedoch Plaut gar nicht kenne, und Trabert vor fast zwei Jahren zum letzten Mal gesehen, auch mit keinem von Beiden je Briefe gewechselt habe, so müsse er sein Zeugniß so lange verweigern, bis ihm eine Aussage mitgetheilt worden, welche dem preußischen Gericht wirklich Veranlassung gegeben, ihm seine Zeit wegzunehmen, und sein Wissen in den Dienst der preußischen Gerichte zu ziehen. Da er hierbei verhaftet wurde, wurde ihm eröffnet, die Veranlassung zu seiner Verhaftung sei die Aussage eines Kellners im Hotel de Baviere (Petersstraße, Leipzig), daß er (Prof. Wuttke) und Rosberg mit Preser an einem bestimmten Abend in jenem Hotel zusammengewesen seien. Hierauf erklärte Prof. Wuttke, dies sei insofern richtig, als er und Rosberg den Herrn Preser, welcher sie anderthalb Stunden vorher kennen gelernt, als einen Fremden Abends in sein Hotel begleitet, sich jedoch, ohne dessen Zimmer zu betreten, schon im Hause für von ihm verabschiedet hätten. Auf die Frage nach der Urheberschaft der bekannten aufrührerischen Proklamation an die Hessen, erwiederte Prof. Wuttke, daß er nicht wisse, wer der Verfasser sei. Ebenso mußte er seine Unwissenheit in Bezug auf die übrigen ihm vorgelegten Fragen erklären, nämlich: wer den Aufruf verschickt, wer die Adressen geschrieben, wer an den vorbereitenden Handlungen zur Verbreitung betheiligt sei, wer mit Plaut und Preser verkehrt, und ob Trabert hier gewesen? Bejahen konnte er blos, daß ihm selbst ein Exemplar des Aufrufs zugegangen sei, daß er aber, da die Adresse von unbekannter Hand geschrieben gewesen, keine Vermuthung über die Person des Absenders habe. Damit endigte die Verneinung Prof. Wuttkes. Einen ähnlichen Verlauf nahm die des Buchhändlers Rosberg, die gleichfalls für die Anklage nicht das mindeste Material ergab. Hinzufügen muß ich noch, daß hier unter den Freunden Traberts — und er hat deren sehr viele — die Überzeugung seiner vollständigen Unschuld allgemein ist, und daß keiner derselben ihn in Leipzig gesehen hat. (Bft.)

Darmstadt, 7. April. [Die erste Kammer] wird auf Wunsch des Kriegsministers heute in einer Abendstzung über die Einführung des preußischen Militärstrafgesetzes nach mündlicher Berichterstattung Beschluß fassen. — Das außerordentliche Budget des Kriegsministeriums pro 1868 und 1869 enthält Forderungen im Betrage von 2,077,000 Fl.

München, 3. April. [Die Monstre-Untersuchung wegen des Traunsteiner Aufstandes] ist bereits in vollem Gange. Ein Mitglied des Bezirksgerichts Traunstein ist mit dieser Voruntersuchung ausschließlich beschäftigt. Einer der Hauptadelsführer, welcher von der Partei als „Major“ angerufen war, ist bereits verhaftet. Er hatte schwere Verleumdungen davogetragen, welche er zu verheimlichen suchte, und an denen er jetzt lebensgefährlich darniederliegt. Nach einer Nachricht in der „Südd. Pr.“ hätten die Aufständischen auch den Telegraphen zwangsläufig benutzt, um ihren Sieg an die gesinnungsbefreundeten Orte zur Nachahmung zu verkünden. Die Untersuchung wird das Nächste ergeben. — Der König selbst, über die Vorfälle im höchsten Grade aufgebracht, soll die strengste Untersuchung wünschen, und es scheint auch die Ernennung des Ministers des Innern mit den jüngsten Vorfällen zusammenzuhängen. (N. Z.)

Stuttgart, 4. April. [Herr v. Barnbüler. — Ein conservativ-demokratisch-ultramontanes Fest.] Ein Artikel der „Nord. Allg. Ztg.“, in welchem die Haltung des Herrn v. Barnbüler die gerechte Verurtheilung findet, hat hier Aufsehen gemacht und gilt

als Zeichen, daß man in Berlin endlich darüber im Klaren ist, was von der Schaukelpolitik unseres gewandten Ministerpräsidenten zu halten ist. Ist damit die Stimmung ausgesprochen, die Herr v. Barnbüler in maßgebenden Kreisen in Berlin vorfinden wird, so dürfte sich seine Freude über den errungenen Platz im Parlamente etwas mäßigen. Eine interessante Feier fand vorgestern Abend im Saale der Liederhalle zu Ehren des Zollparlaments-Abgeordneten Heydt statt. Seine Wähler hatten ihm ein Bankett veranstaltet und bei der sonderbaren Allianz, die seine Wahl bewerkstelligt hat, darf es Niemand wundern, daß die Gesellschaft bei diesem Bankett eine sehr gemischte war. Herr Minister v. Golther war, wie billig, zu dieser Feier erschienen, neben ihm die Spitzen der Volkspartei, die höchsten Hofbeamten, die Hofhandwerker und die Hochconservativen Stuttgarts, mit ihnen im Bunde dann Herr Carl Mayer, Dr. Hausmann und Andere, welche man bisher nicht in so vertraulichem Umgang mit den Hofkreisen gesehen hat. Bezeichnend für den Krit, der diese verschiedenen Elemente zusammenhält, ist die Rede des Herrn Carl Mayer, der, wie der „Beobachter“ selbst angibt, unter „allseitiger Zustimmung“ sein Programm dahin entwickelte, man müsse auf die Zustände vor dem Jahre 1866 zurückkehren und dazu sei vor allem nötig, daß die nach der Auffassung des „Beobachters“ unrechtmäßig zu Stande gekommenen Verträge mit Preußen wieder ausgehoben würden. Von den anwesenden hohen Staats- und Hofbeamten so wenig, wie von den gewählten Abgeordneten Dörtenbach und Oesterlen erfolgte hierauf eine Erwiderung. Im Gegenthil, Herr Dörfer, um mit dem „Beobachter“ zu reden, „dessen juristische Theorie von der ehrlichen Aufrechthaltung der uns durch Gewalt octroyirten Verträge keinen rechten Wiederhall gefunden hatte“, sah sich nachträglich veranlaßt, sich mit den Auseinandersetzungen des Herrn Carl Mayer ausdrücklich einverstanden zu erklären. Das also ist die Stimmung, mit welcher ein großer Theil unserer Abgeordneten nach Berlin kommt. Wir werden sehen, ob sie den Mut finden, dieser Stimmung auch dort Ausdruck zu geben. (N. Z.)

Deutschreich.

Wien, 7. April. [Aus Hietzing.] — Die Antwort an die Kirchenfürsten.] Gegenüber der Nachricht der Pariser „Presse“, daß die österreichische Regierung den ehemaligen König von Hannover erachtet habe, einen anderen Aufenthaltsort zu wählen, wird officiell mitgetheilt, daß seit der Angelegenheit betreffend die Ertheilung von Pässen an die Mitglieder der sogenannten Welfenlegion für die kaiserliche Regierung kein Grund vorgelegen habe, bei dem Hietzinger Hofe in irgend welcher Richtung zu interveniren. — Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht das Antwortschreiben des Ministerpräsidenten, Fürsten Auersperg, auf das letzte Schreiben der 14 Kirchenfürsten. In demselben heißt es: Bei den Verhandlungen des Reichsraths über den Ehegesetzentwurf war zu allseitiger, freiester Erörterung reichlich die Gelegenheit geboten, welche auch nicht unbenutzt geblieben ist. Das Stadium der legislativen Verhandlung, in welches der Gesetzentwurf gegenwärtig getreten ist, legt der Regierung die ehrerbietige Zurückhaltung auf. Kein gegenwärtiges Gesetz ermächtigt die Gerichte, Fragen der Glaubenslehre, oder die Verwaltung, innere Kirchen-Angelegenheiten, an sich zu ziehen. Die Artikel 14 und 15 des Verfassungsgesetzes gewähren reines Bürgerschaft für die Zukunft. Die Regierung nimmt Nichts in Anspruch, was jenseits der Grenzen der rechtmäßigen Staatsgewalt liegt; sie hält die Freiheit der Kirche hoch und wird jeder Zeit bereit sein, das Wirken der Kirche kräftig zu unterstützen. So wenig die Regierung die Grenzen der Staatsgewalt zu mißachten gedenkt, so wenig kann sie dazu die Hand bieten, daß dies von anderer Seite geschehe. Die Regierung lehnt es daher ab, auf den Theil des Schreibens einzugehen, welcher die durch das Grundgesetz den Staatsbeamten auferlegten Verbindlichkeiten zum Gegenstand einer Erörterung macht, welche das Pflichtgefühl der Staatsbeamten, wenn auch ohne Absicht, beirrt. (Zum Theil schon gemeldet.)

Wien, 7. April. [Der englisch-österreichische Handelsvertrag. — Dementi.] Die „Presse“ schreibt: Das Schlusprotokoll des englisch-österreichischen Handelsvertrages soll schon in den nächsten Tagen unterzeichnet werden. Der englische Bevollmächtigte steht noch vor Ostern nach London zurück. — Der Oberst Merlin, Militärbevollmächtigter der französischen Regierung am hiesigen Hofe, stellt in einer Zuschrift an das „Neue Fremdenblatt“ die Behauptung einer Pariser Correspondenz entschieden in Abrede, wonach derselbe den Erzherzog Albrecht auf seiner Inspectionstreise begleiten würde. Derselbe erklärt ferner, daß die in der genannten Correspondenz ihm beigelegte Ansicht über die österreichische Armee in entschiedenem Gegensatz zu den Anschauungen stehe, welche er über diesen Gegenstand habe.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 8. April. [Unglücksfall.] Am 6. d. M. Nachmittags wurden auf dem Niederschlesisch-Wärtischen Eisenbahnhof zwei, in einen Postwagen gespannte Pferde plötzlich scheu, gingen durch und konnten man sich der wilsgewordenen Thiere erst auf der Siebenbüferstraße wieder befreien, nachdem dieselben bereits im gedachten Bahnhofe den ehemaligen Gutsrächter L. zu Boden gerissen und durch Ueberfahren am linken Arm und linken Bein nicht unerheblich beschädigt hatten. Außerdem wurde auch eine unbefestigte Drehscheibe, welche mit dem Postwagen in unsame Verührung kam, umgeworfen; es erlitt indeß hierbei weder der Droschkenfuchs noch das Gespann eine erhebliche Beschädigung. (Int. Bl.)

Görlitz, 7. April. [Wahl.] Bei der heute stattgefundenen Wahl eines Reichstagsabgeordneten (zum Erfas für v. Carlowitz) erhielten im hiesigen Stadtkreis Dr. Louis Müller (liberal) 1800, der Gegencandidat, Commercierrath Schmidt, 420 Stimmen. — (In Lauban hat Dr. Müller 211 und Commercierrath Schmidt 127 Stimmen erhalten.)

Die Beteiligung bei dem Wahlalte war, wie die „Nied. Ztg.“ berichtet, im Allgemeinen sehr so rege als sonst. Fast durchweg wurde mit den von den beiden rivalisierenden Wahl-Comite's ausgegebenen Stimmentzetteln gestimmt. Das conservative Comite hatte ganz besondere Anstrengungen gemacht, die zum Theil einen etwas amerikanischen Zuschnitt hatten. Vor jedem Wahlzettel stand ein Platz mit einer den Namen G. Schmidt tragenden Tafel auf der Brust. Bedauerlich für das qu. Comite war der Mangel an in diesem Dienste geschulten Leuten. So ist es vorgekommen, daß ein, wahrscheinlich liberaler, Spaziergänger einem der bezeichneten Männer, dem jenem Wahlzettel-Borrath ausgegangen, ein Packet Wahlzettel mit dem Namen des liberalen Candidaten in die Hand practicierte, die dann auch ausgeholt wurden. Die böse Welt will behaupten, daß auch sonst noch mit den „Schildträgern“ des conservativen Comite's und ihren Zetteln allerhand schändliche Kurzweil getrieben worden. Es ist dies aber jedenfalls üble Nachrede.

d. Landeskunst, 6. März. [Schulen.] Nachdem vorige Woche Dienstag und Mittwoch die Prüfungen bei hiesiger evangelischer Stadtschule und Donnerstag und Freitag bei hiesiger Ober-Realschule stattgefunden haben, wurde heut der Besuch mit den Prüfungen bei der katholischen Stadtschule und im höheren Döchterinstitut des Fräulein Alexi gemacht. Ueberall waren die Resultate erfreulich und zeigten von dem guten Stande des Schulwesens hier selbst; und welcher Anerkennung insbesondere sich die Realschule zu erfreuen hat, ist daraus zu ersehen, daß noch vor dem angezeigten Aufnahme-Termeine bereits über 30 Schüler angemeldet worden sind, so daß die Schülerzahl sich über 200 belaufen wird.

Hainau, 6. April. [Schule.] Während seit etwa 2 Decennien unser städtisches Schulwesen sowohl nach außen als innen vielfachen und durchgreifenden Veränderungen und Verbesserungen entgegen geführt worden, auch die Zahl der Lehrer demzufolge von 6 auf 13 gestiegen ist, was bei einer Einwohnerzahl von ca. 4500 nicht zu unterschätzen, muß es um so mehr befremden, daß trotz und allem und ungewohnt gewöhnlicher und außergewöhnlicher Revisionen der Turn-Unterricht immer noch nicht zur Gelung gelangt, obgleich bereits im März 1862 durch das Cultus-Ministerium daraus bezügliche Verordnungen erlassen worden sind. Da unter den vorhandenen Lehrern auch hierfür zu verwendende Kräfte ausreichend vorhanden sind, wird die Nicht-Einführung dieses Unterrichts-Gegenstandes um so unvergänglicher, als demselben hierorts bereits in den vierziger Jahren ebenso allgemeine Theilnahme als ungemeinliche Opferwilligkeit zugewendet worden ist.

Auch das Project bezüglich Errichtung einer Fortbildungsschule schläft schon seit Jahren. — Gleichzeitig sei auch eines andern sehr erheblichen Uebelstandes gedacht. Es ist dies die Beschaffenheit der nächsten Umgebungen unseres stattlichen, im „Schloßhofe“ befindlichen „neuen Schulhauses“. Während dieser Platz ganz geeignet ist, ihn in einem recht lieblichen und anmuthigen zu verändern, führt er mit seinen nächsten Dertlichkeiten täglich unsern Mädchen vor Augen, wie die Umgebungen eines Hauses, namentlich eines Schulbaues, bezüglich Ordnung und Reinlichkeit, nicht sein sollen! Und dies ist wahrlieblich nicht zu unterschätzen!

[Komet.] Im Laufe des April wird die Wiederkehr des Brorsenschen Kometen zu seinem Perihel erwartet. Dieser Komet entdeckt am 26. Febr. 1846 als Komet II 1846 von Brorsen zu Kiel, am 18. März 1857 als Komet II 1857 von Bruns (damals in Berlin) wieder entdeckt, berechnet und in seiner Identität mit Komet II 1846 erkannt, hatte eine Umlaufzeit von 5½ Jahren, zeigte sich als Nebel mit geringer Verdichtung in der Mitte und bis gegen 2½ Minuten Durchmesser.

Telegraphische Witterungsberichte vom 7. April.				
	Barometer.	Therm.	Wind.	Allgemeine
Ort.	Pariser Linnen.	Ream.	Richtung und Stärke.	Himmels-Ansicht.
Memel	328,8	0,8	NW, s. stark.	Trübe, Nis. Schne.
Königsberg	330,9	0,7	NW, s. stark.	Trübe.
Stettin	334,5	2,6	NW, mäßig.	Bedeckt, gest. Regen.
Mitabor	326,8	4,1	W, lebhaft.	Halb heiter.
Münster	334,5	3,2	SW, schwach.	Heiter.
Trier	331,9	7,1	NO, s. schwach.	Trübe, Nebel.
Flensburg	334,7	2,8	NW, mäßig.	Bezogen.
Paris	—	—	S, schwach.	Bedeckt.
Havanna	328,2	-9,6	S, schwach.	—
Helsingfors	—	—	—	—
Petersburg	—	—	—	—
Moskau	—	—	—	—
Stockholm	330,3	-3,4	NW, schwach.	Heiter, gest. Regen.*
Studensäs	335,3	-1,4	N, schwach.	Halb bedeckt.
* Abends NW u. Regen, Nachts Schnee. Mar. +5,7. Min. -0,3.				

Meteorologische Beobachtungen.				
	Baro.	Luft-	Wind-	Wetter.
	Pariser	Tempera-	richtung und	
	Linen.	Ream.	Stärke.	
Breslau, 7. April 10 U. Ab.	330,04	+4,2	W. 1.	Trübe.
8. April 6 U. Mdg.	328,49	+4,6	SD. 1.	Bedeckt.
Breslau, 8. April. [Wasserstand.] O.-B. 17 F. 4 B. U.-B. 4 F. 9 3.				

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolffschen Telegraphen-Bureau.
Berlin, 7. April, Abends. Bundesratsitzung. Vorsitzender Präsident Delbrück. Die Verträge mit Belgien über den Austausch von Geldsendungen und Paketen mit Dänemark, betreffend die Postverhältnisse (Referent v. Maydorff), desgleichen mit Hessen und die auf Oberhessen bezüglichen Gezeitewürfe, betreffend die Besteuerung von Brantwein, Bier und Tabak (Referent v. Liebe) wurden genehmigt.

Der vom Präsidium eingebaute Entwurf einer Consularconvention mit Italien wurde an den 4. und 6. Ausschuß verwiesen. Der Bundesrat erledigte schließlich eine Beschwerde der Jüden-Gemeinde in Schwerin wegen unvollständiger Ausführung des Freizügigkeitsgesetzes.

Das deutsche Gewerbe-Museum wurde heut Abend 7 Uhr im Beisein des Kronprinzen und der Minister v. d. Heydt, v. Ipenplig, v. Selchow und den Mitgliedern des Museums eröffnet. Der Herzog von Ratibor hielt eine kurze Ansprache und führte den Kronprinzen durch die bis jetzt fertigen Säle. Von morgen steht dem Publikum der Zutritt frei.

Paris, 7. April. Die am Schlusse der heutigen Börse eingetrete-ne flane Stimmung war durch das Gerücht von dem Tode Pius IX. veranlaßt worden. Das Journal „France“ hat jedoch Privatnachrichten aus Rom, nach denen der Papst gestern in der Peterskirche functionirte und sich vollkommen wohl befindet. Mehrere Rentcouliers der hiesigen Börse haben ihre Zahlungen eingestellt, überhaupt sind in den letzten Tagen bedeutende Verluste erlitten worden.

Mehr flau. Spiritus fest. Rübbel ruhig.

Paris, 7. April. Der italienische Gesandte, Migra, wird den Prinzen Napoleon und die Prinzessin Clotilde zu den Vermählungsfeierlichkeiten nach Turin begleiten. Die Abreise ist auf den 17. d. M. festgesetzt. Der dänische Kriegsminister Raasloff wird morgen hier erwartet. Das zweite Lager von Chalons, welches vom 15. Juli bis zum 15. September dauern soll, wird nicht, wie es anfänglich hieß, von Marshall Bazaine, sondern von dem Artilleriegeneral Leboeuf befehligt werden. Es sollen in dieser zweiten Periode umfassende Versuche mit Feuerwaffen aller Art ange stellt werden.

Paris, 7. April. Die „Patrie“ dementirt alle Gerüchte über eine angebliche diplomatische Einmischung Frankreichs in die zwischen Preußen und Dänemark wegen Nordschleswigs schwedenden Verhandlungen, und versichert, es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Reise des dänischen Kriegsministers nach Paris und London ohne politischen Charakter sei. Der Artikel des offiziellen Blattes schließt folgendermaßen: Der gegenwärtige Zustand der Verhandlungen zwischen Dänemark und Preußen ist nicht dergestalt, um außergewöhnliche diplomatische Anstrengungen Dänemarks oder Frankreichs nothwendig zu machen. Man kann zwar wünschen, daß die Verhandlungen einen rascheren Gang annehmen, und daß die Interessen der seit so langer Zeit in Un gewißheit schwedenden Bevölkerungen ebenso in die Waagschale fallen mögen, als die in Berlin betonten politischen Gesichtspunkte, aber keinesfalls kann man die Nothwendigkeit einer Einmischung zugeben, welche den Charakter der gegenwärtigen Sachlage und die Haltung der beiden verhandelnden Parteien verändern würde.

Bukarest, 6. April. Die fürstliche Regierung hat den Großmächten notificirt, daß sie dem in der Kammer eingebrachten Gesetzentwurf gegen die Israeliten in jeder Beziehung fern steht. Der Entwurf geht von einer kleinen, antimissionären Fraktion aus, welche das Gesetz lediglich eingebracht hat, um der Regierung Verlegenheiten zu bereiten und allgemeines ärgerliches Aufsehen hervorzurufen; über die Erfolglosigkeit des Antrages selbst waren die Urheber desselben

niemals in Zweifel. Weder dieses Gesetz, noch irgend ein anderes gegen die Israeliten gerichtetes würde je die Sanction des Fürsten Carl erhalten.

Petersburg, 6. April. Die Nachricht von dem bevorstehenden Rücktritt des bisherigen Botschafters in Paris, Baron Budberg, wird aufrechterhalten; als eventueller Nachfolger wird außer dem Grafen Schwulaloff, auch Graf Stackelberg, gegenwärtig Gesandter in Wien, genannt.

Stockholm, 7. April. Die Wiedereröffnung der Schiffssahrt wird wahrscheinlich morgen erfolgen. Ein Bugstädampfer hat heute das Eis in den Scheeren zwischen hier und Sandhamn durchbrochen.

London, 6. April, Abends. Bei Reuters Office sind aus Hongkong vom 11. März friedliche Nachrichten eingegangen. Es liegt die Wahrscheinlichkeit eines Arrangements vor, bei welchem Stots'bashi, der letzte Taikun, seiner Stellung entsagen werde. (T. B. f. N.)

London, 7. April, Vorm. Die „Morning-Post“ veröffentlicht die Proklamation, welche in Hessen verbreitet und bekanntlich die Bevölkerung zur Wiedereinsetzung des früheren Kurfürsten auffordert. (T. B. f. N.)

Genf, 7. April. Da der erste Versuch der Verständigung mit den im Strike befindlichen Arbeitern gescheitert, ist auf heute eine Generalversammlung der Arbeitgeber beabsichtigt Ertheilung neuer Vollmachten anberaumt worden. (T. B. f. N.)

Tientsin, 19. März. Die Insurgenten im Norden China's sind ausseiner ander getrieben, etwa 1000 der selben wurden getötet. (T. B. f. N.)

Plymouth, 6. April, Abend. Der Dampfer „Norsemann“ bringt Nachrichten vom Cap der guten Hoffnung, datirt vom 4. März.

Danach hat die Boers trog der Erklärung, das Bafuto-Land stehe jetzt unter britischem Schutz, den Krieg siegreich fortgeführt und werden voraussichtlich bald in dem Bezirk des ganzen Bafuto-Landes sein.

Das Geschäft war flau. (T. B. f. N.)

Washington, 6. April, Abends. Nach dem vom Secretär des Schatzes eingebrachten Bericht belief sich die Schulden der Vereinigten Staaten am 1. April auf 2642 Millionen Dollars, mithin 6 Mill. weniger als am 1. März, der Baarbestand des Staatschates dagegen auf 122½ Millionen bei einer Abnahme von 5½ Millionen gegen den 1. März. (T. B. f. N.)

Breslauer Börse vom 8. April.] Schluss-Course. (1 Uhr Nachm.) Russ. Papiergeld 83½ bez. Deiterr. Banknoten 88½ - 88 bez. u. Gd. Schlei. Rentenbriefe 91½ bez. u. Br. Schlei. Pfandbriefe 88½ Br. Deiterr. National-Anleihe 55½ Br. Freiburger 119 Br. Neisse-Brieger —. Oberhessische Litt. A. und C. 186½ Br. Wilhelmshafen 85½ bez. Oppeln-Tarnowitzer 77½ Gd. Deiterr. Creditbank-Aktionen 83 Gd. Schles. Bankverein 112 Br. 1860er Lofe —. Amerikaner 76% - 7% bez. Warshaw-Wiener 58½ Br. Minerwa 36½ Br. Baier. Anleihe —. Italiener 49 Gd.

Breslau, 8. April. Preise der Cerealen.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheitel in Silbergroschen,

fein mittel ordin, fein mittel ordin.

Weizen, weißer 120 - 122 117 106 - 110 Gerste 64 - 66 62 58 - 60

do. gelber, 119 - 121 115 106 - 110 Hafer 40 39 37 - 38

Roggen, schlef. 87 - 88 86 85 Erbsen 75 - 78 70 66 - 68

do. fremder 83 - 84 82 80 - 81

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps 194 184 174

Winterrüben 184 174 164 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Sommerrüben 168 158 148 pr. 150 Psd. Brutto in Sgr.

Dotter 162 152 142

Loco. (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Ort. bei 80% Tralles

19 Br. 18½ Gd.

Offiziell gekündigt: — Ctr. Weizen. 1000 Ctr. Roggen. 500 Ctr. Leinöl.

200 Ctr. Rüböl. 10,000 Ort. Spiritus. — Ctr. Rapsküchen. 500 Ctr. Hafer.

Telegraphische Course und Börsennachrichten. (Wolffs Telegraphisches Bureau.)

Paris, 7. April, Nachm. 3 Uhr. Träge. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet. Schluss-Course: 3proc. Rente 69, 20 - 69, 25. Italienische 5proc. Rente 49. 50. Deiterr. Staats-Eisenbahn-Aktionen 551, 25. Credit-Mobil.-Aktionen 267, 50. Lombard. Eisenb. Aktionen 377, 50. Deiterr. Anleihe von 1865 pr. opt. 341, 25. 5proc. Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 (ungef.) 82%.

London, 7. April. Nachmittags 4 Uhr. Schluss-Course: Consols 93½. Iproc. Spanier 35½. Italien. 5proc. Rente 49%. Lombarden 15. Mexicano 15%. 5proc. Russen 84. Neue Russen 85. Silber —. Türk. Anleihe von 1865 34%. 5proc. Verein-Staaten-Anl. pr. 1882 72%.

Frankfurt a. M., 7. April. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Wiener Wechsel 102%. Deiterr. National-Anl. 53%. 6% Verein-Staaten-Anleihe pr. 1882 75%. Hessische Ludwigsbahn —. Badische Brämien-Anleihe 99%. 1854er Loope 1864er Loope 71%. 1864er Loope 87%. — Sehr fest, aber still.

Frankfurt a. M., 7. April. Abends. [Effecten-Societät.] Bechränkt. Credit-Aktionen 193. Steuerfreie Anleihe —. 1864er Loope —. 1860er Loope 72. Nationalanleihe —. 5proc. Deiterr. National-Anleihe von 1851 75%. Hesse Ludwigsbahn —. Badische Brämien-Anleihe 99%. 1854er Loope —. 1860er Loope 71%. 1864er Loope 87%. — Sehr fest, aber still.

Antwerpen, 7. April. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluss-Bericht.) Niedriger. Raffinirte, Type weiß, loco 43½ - 44

Mehr flau. Spiritus fest. Rüböl ruhig.

Bremen, 7. April. Petrol. Standard white, loco 5%.

Wien, 7. April, Abends. [Abend-Börse.] Credit-Aktionen 183, 20. Nordbahn —. Galizier 204, —. Steuerfreies Anlehen —. Lombarden 170, 20. Staatsbahn 252, 30. 1860er Loope 82, 25. 1864er Loope 25, 30. Napoleonsond'or 9, 27. Sehr fest.

Antwerpen, 7. April. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Petroleum-Markt. (Schluss-Bericht.) Niedriger. Raffinirte, Type weiß, loco 43½ - 44

Mehr flau. Spiritus fest. Rüböl ruhig.

Hamburg, 7. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluss-Course.] Hamburger Staats-Brämien-Anleihe 86%. National-Anleihe 54%. Deiterr.

Credit-Aktionen